

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg



Runter mit den Rüstungskosten – Raus mit den Atomwaffen!

Nachdem im März das Manöver „Defender 2020“ coronabedingt abgesagt wurde, werden viele gedacht haben, die Pandemie habe doch wenigstens etwas Gutes: die krieglerische Provokation von USA und NATO gegen Russland schien vorerst gestoppt.

Und vielleicht haben manche sogar gehofft, dass die notwendige internationale Solidarität gegen eine gesundheitliche Bedrohung die Welt insgesamt friedlicher machen könnte. Pustekuchen!

Im Mai stellte sich heraus, dass die Manöverpause schon zu Ende war.

Teile von Defender 2020 wurden nämlich schon Anfang Juni unter dem Titel „Defender Europe 20 Plus“ fortgesetzt.

Defender 2020, Defender 2020 Plus, Defender 2021... Irgendwann führt das zum Krieg!

Noch auf dem Höhepunkt der Pandemie hierzulande sickerten die Pläne von Verteidigungsministerin AKK durch, zweistellige Milliardenbeträge in neue Kampfflugzeuge und bewaffnete Drohnen zu stecken, statt sie für die Abfederung der dramatischen Krisenfolgen einzusetzen.

Dabei geht es auch um den Kauf von amerikanischen F-18-Kampffjets zur Fortsetzung der sogenannten nuklearen Teilhabe. Die auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagernden amerikanischen Atomwaffen sollen mit deutschen Bombern in von den USA bestimmte Ziele in anderen Län-

dern (insbesondere in Russland) getragen werden. Deutschland beteiligt so sich an der Kriegsvorbereitung der USA gegen Russland.

Die Gefahr,

damit selbst zur Zielscheibe nuklearer Angriffe zu werden, ist groß!

Auch der übrige Haushalt für „Verteidigung“ darf nicht immer weiter aufgebläht werden.

Der sogenannte Verteidigungshaushalt ist inzwischen bei jährlich 45 Mrd. Euro angelangt. Geplant ist nach der irrwitzigen Nato-Zielvorgabe von 2% des Bruttoinlandsproduktes eine Erhöhung auf 70 Mrd. Euro, Geld, das dringend im Sozialen, im Bildungs- und im Gesundheitswesen gebraucht wird.

**Wir sagen:
Nein zu Aufrüstung,
Defender-Manövern
und Krieg und rufen auf
zur Teilnahme an den
Aktionen am Antikriegstag,
dem 1. September 2020.**

- *Verwendung der für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel zur Abfederung der Folgen der Coronakrise*
- *Kein Geld für neue Kampfflugzeuge und Drohnen*
- *Keine Beteiligung an den Kriegsvorbereitungen der USA!*
- *Beitritt Deutschlands zum UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen*
- *Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland*

Es wird der gemeinsamen Anstrengung aller Friedenskräfte bedürfen, um die Strukturen der Kriegsvorbereitung zu bekämpfen.

- *Deutschland raus aus der NATO*
- *Schluss mit der Militarisierung der EU*

Die im Wesen des Kapitalismus und Imperialismus angelegte Kriegsgefahr wird erst endgültig gebannt sein, wenn er durch den Sozialismus abgelöst ist.



Hamburg
„Tor zur Welt“



oder
„Tor zum
Krieg“?

Mehr als 90% der bundesrepublikanischen Bevölkerung wünschen, dass die Bundesregierung endlich den UN-Atomwaffenverbotsantrag vom Juli 2017 unterzeichnet. Auch die Hamburgische Bürgerschaft hat sich im Februar dieses Jahres mehrheitlich dafür ausgesprochen, Die Bundesregierung ignoriert das.

Wenn Worten Taten folgen sollen, wäre der nächste konsequente Schritt, dass Hamburg alles tut, um die Anschaffung US-amerikanischen Kampffjets zur Aufrechterhaltung der sogenannten nuklearen Teilhabe zu verhindern.

Denn das heißt im Klartext: Deutsche Piloten sollen Atombomben z.B. über Russland abwerfen.

Ebenso wäre es an der Zeit, dass jeglicher Rüstungsumschlag über den Hamburger Hafen unterbunden wird. Wir Hamburger wollen nicht im „Tor zum Krieg“ sondern mit allen Völkern verbunden friedlich im „Tor zur Welt“ leben. Dafür können wir übrigens alle aktiv werden. Höchstwahrscheinlich startet der erste Schritt zum Volksentscheid „Kein Rüstungsumschlag über den Hamburger Hafen“ im nächsten Jahr. ■

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Corona ist an allem schuld!“ Das will man uns einreden.

Dabei hat sich eine ganz normale kapitalistische Überproduktionskrise schon seit der Mitte des letzten Jahres abgezeichnet.

Die Autoindustrie steckt schon seit mehreren Jahren in einer Strukturkrise. Jetzt droht die Krise auf den Finanzsektor überzugreifen, weil immer mehr Geld in die Spekulation gegangen ist und diese Spekulationsblase wohl bald platzen wird.

Die Corona-Pandemie hat diese Krisen allerdings verschärft und vor allem die Mängel in dem profitgetriebenen kapitalistischen System sichtbar gemacht.

„Nach Corona wird alles anders sein als bisher“, sagt man uns. „Wir werden aus der Krise gelernt haben.“

Aber danach sieht es nicht aus. Gewaltige Summen von Steuergeldern werden in die Kassen der Konzerne und Monopole gesteckt, damit die weitermachen können wie bisher. Nein, schlimmer: Erkämpfte Rechte sollen mit Verweis auf Corona abgebaut, Löhne gedrückt und Arbeitszeit verlängert werden. Arbeitsplätze werden massenhaft verloren gehen. Kürzungen sozialer Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen stehen an.

Auch für Soloselbständige, Kleingewerbetreibende und Alleinerziehende. Eben noch mit Applaus bedacht, bleiben beim Lohn für die sogenannten Helden in der Pandemie nur Krümel vom Tisch der Herrschenden.

Wir haben Vorschläge, wie es wirklich anders weitergehen kann - und zwar kurzfristig hier und jetzt, mittelfristig, wenn

sich die Kräfte aus der Arbeiterklasse und dem nichtmonopolistischen Bürgertum zusammenschließen, und grundsätzlich, wenn das nur am Profit interessierte kapitalistische System überwunden ist durch ein allein an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiertes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, den Sozialismus. Darüber schreiben in dieser Ausgabe der Hamburger Utsichten unsere Autoren zu den Themen Arbeit, Frieden, Gesundheit, Bildung, Finanzen, Verkehr und Umwelt.

Michael Götze,
Vorsitzender der
DKP Hamburg



Die Fallpauschale muss weg! Mehr Personal muss her!

In der BRD ist die erste Welle der Corona-Pandemie im Vergleich zu anderen Ländern verhältnismäßig milde abgelaufen. Trotzdem gibt es mehr als 9000 Tote, die, abgesehen von ein paar Prominenten, nur als Zahlen in den Nachrichten auftauchen. Knapp 40 % der Toten kommen aus Pflegeeinrichtungen, Gefängnissen, Obdachlosen- oder Geflüchtetenheimen.

Hier zeigt sich die alte Wahrheit, dass nicht allein die Krankheit tötet, sondern dass es die sozialen Verhältnisse sind, die die einen früher sterben lassen und den anderen eine längere Lebenserwartung beschert.

Auch die Tatsache, dass mehr als 60 Beschäftigte aus Krankenhäusern und Heimen an Covid-19 gestorben sind, findet kaum Erwähnung. In einem der reichsten Länder der Welt fehlte es selbst in diesen Einrichtungen an Schutzkleidung. Im System der Fallpauschalen wird das Vorhalten von Schutzkleidung nicht vergütet, also waren selbst die für den Katastrophenschutz vorgeschriebenen Mengen nicht vorrätig. Hygienemaßnahmen wurden verspätet und nur inkonsequent umgesetzt.



Selbst wenn Kolleg*innen positiv getestet wurden und erkrankt waren, wurde nicht die ganze Station getestet. Die Kolleg*innen wurden alleine gelassen mit der Sorge, die Krankheit in ihre Familien zu tragen.

Für die Krankenhausbetreiber wurde hingegen gleich zu Beginn der Pandemie ein Rettungsschirm aufgespannt. Für leere Betten sollten die Krankenhäuser Ausgleichszahlungen erhalten. Generell ist eine kostendeckende Finanzierung zu befürworten, doch auch bei dieser Regelung liegt der Teufel im Detail.

Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach dem so genannten Case-Mix-Index. Je teurer die einzelnen Fallpauschalen sind, die ein Krankenhaus abrechnet, umso höher sind die Ausgleichszahlungen. Die privaten Kliniken, die seit Jahrzehnten Rosinen-Pickerei betreiben, erhalten also wesentlich mehr Geld als die öffentlichen Kliniken. Sie profitieren von der Krise, während sie für die öffentlichen Häuser Verluste produziert.

Die Corona-Pandemie zeigt wie in einem Brennglas, was wir brauchen: die Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips und eine verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung für alle Bereiche. Unterstützen wir die Beschäftigten mit ihren Forderungen, weil wir wissen:

Mehr von Ihnen ist besser für alle!



Die Krise und das Versagen des Hamburger Schulsystems

Wochenlange Schulschließung mit „Homeschooling“ oder wenige Unterrichtsstunden kombiniert mit Hausaufgaben: „Corona“ hat scheinbar das ganze Schulsystem auf den Kopf gestellt. Beim genaueren Hinsehen wird aber deutlich: Die Krise zeigt bereits bestehende Probleme des Schulsystems wie in einem Brennglas auf und offenbart, wie das Schulsystem tatsächlich ist: sozial ungerecht, einseitig auf Abschlüsse und Verwertung orientiert, chronisch unterfinanziert und personell unterbesetzt. Die Chancenungleichheit wird in jeder PISA-Studie neu bestätigt, in der Krise zeigte sie sich aber schonungslos: Lernerfolg ist abhängig von sozialer Stellung, soziale Spaltung zeigt sich in den Möglichkeiten der Familien, zu Hause Lernstoff zu verarbeiten.

Viele Familien können das nicht, weil die Wohnung zu klein ist, weil sie nicht die nötige technische Ausstattung haben, aus mangelnden sprachlichen Fähigkeiten, weil andere Sorgen überwiegen, weil nicht alle Eltern in der Lage sind, Aufgaben zu erklären. Die Corona-Krise wurde so zum Brandbeschleuniger der sozialen Auslese. Nun sollen die Schulen im neuen Schuljahr wieder auf Regelbetrieb umschalten.



Also alles wieder gut? - Keineswegs! So notwendig die Rückkehr zum Unterricht ist - die ungerechte Grundstruktur bleibt.

Hinzu kommt: Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen, die gesellschaftlich gelten, sollen in den Schulen nun wegfallen, um die kleinen Klassenräume wieder mit 25-30 Schülern füllen zu können. So werden die Schulen auf dem Rücken von Beschäftigten und Schülern zum Corona-Testfeld und möglicherweise zum neuen Infektionsherd.

Hamburgs Schulen brauchen jetzt:

- Eine verlässliche Grundstruktur, in der Schule als sozialer Ort wieder erlebbar wird und (soziales) Lernen in kleinen Gruppen mit großzügig gestalteten Räumen. Dies ist nicht nur pädagogisch unabdingbar, so kann auch der Infektionsschutz weiter gewährleistet werden.

- Gegen die absehbaren Versuche, den Rotstift im Bildungsbereich anzusetzen, muss konsequent Widerstand organisiert werden. Die Hamburger Schulen brauchen Investitionen in Gebäude, Ausstattung und pädagogisches Personal, wenn man der krassen sozialen Schieflage im Bildungssystem entgegenwirken will.

- Eine inklusive, integrative, an der Persönlichkeitsbildung orientierte Schule für Alle bleibt die Perspektive, die wir dem an der sozialen Selektion ausgerichteten Zwei-Säulen-Modell entgegensetzen. ■



Arbeitszeitverkürzung statt Personalabbau

Jetzt geht's los. Die Krisenfolgen sollen auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Täglich kündigen weitere Firmen „wegen der Coronapandemie“ Stellenabbau an. Dabei ist die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine ganz gewöhnliche Überproduktionskrise, wie sich immer wieder aus der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise ergibt.

Die Liste der Meldungen über bedrohte und bereits vernichtete Arbeitsplätze in Hamburg wächst täglich. Die Kolleg*innen bei Karstadt, Lufthansa und Airbus bilden dabei „nur“ die traurige Prominenz. Mit der Ankündigung von Stellenstreichungen wird Druck auf die Beschäftigten ausgeübt, „freiwillig“ auf Lohn, Urlaub und Sonderzahlungen zu verzichten.

Ein paar Beispiele.

Ein großer Konzern für Pflegeprodukte legte das Niveau schon zu Beginn sehr „hoch“: Den Mitarbeitern sollten pauschal fünf Tage Urlaub, der eigentlich für Erholung vorgesehen ist, abgezogen werden. Man einigte sich schließlich auf freiwilligen Verzicht von einzelnen Tagen. In anderen Firmen nahmen die Arbeiter*innen einzelne unbezahlte Urlaubstage, um Wochen später doch in Kurzarbeit geschickt zu werden.

Die Bergedorfer Hauni AG hat Kurzarbeit für alle Unternehmen unter ihrem Dach angekündigt und eine Aufstockung lediglich für jene vereinbart die noch tageweise die Werkshallen betreten dürfen.

Dass der Betriebsrat dieser erneuten Spaltung der Belegschaft zugestimmt hat, mag kaum noch verwundern, wenn dessen Vorsitzender verlauten lässt, dass man schließlich auch an die Wirtschaft denken müsse!

Die Gewerkschaften beschränken sich meist darauf, „Schlimmeres zu verhüten“, statt in die Offensive zu gehen.



Foto: KPÖ-Österreich Rechts: Stadträtin Elke Kahr

Wenn durch technischen Fortschritt und geringeren Absatz weniger zu arbeiten ist, können **alle weniger arbeiten** und mehr Zeit für die schönen Dinge des Lebens haben – **natürlich bei vollem Lohnausgleich**. Die Milliardengewinne der großen Konzerne geben das her.

Aber auch kurzfristig gibt die aktuelle Krise Anlass, nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu fordern und zu kämpfen.

Kurzarbeit statt betriebsbedingter Entlassungen ist sicher die bessere Lösung. Auch wenn sie häufig nur die Vorstufe zur Arbeitslosigkeit ist. Allerdings reichen die vorgesehenen 60 bzw. 67 Prozent vom normalen Lohn nicht. **Ziel muss es sein, dass die Beschäftigten bei Kurzarbeit ihr volles Gehalt weiter bekommen.**

Einige Tarifverträge sichern Aufstockungen auf 80 oder sogar 90 Prozent. Für Tausende Betriebe gelten aber gar keine Tarifverträge. Gerade die Erfahrungen in der gegenwärtigen Krise sollten die Gewerkschaften veranlassen, nachdrücklich für eine **Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge** zu kämpfen.

Für Millionen Soloselbstständige, Geringverdienende und prekär Beschäftigte wie Leiharbeiter, Zeitarbeiter und Werkvertragsarbeiter nützt auch das nichts, weil auf sie die Voraussetzungen der Kurzarbeit nicht zutreffen.

So ergibt sich aus den Erfahrungen der Krise, dass **alle Beschäftigten einschließlich der Scheinselbstständigen sozialversichert** sein sollten.

Während der Coronaviruspandemie sind hart erkämpfte Arbeitsrechte aufgeweicht oder vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. So wurde zum Beispiel die zulässige Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich verlängert. Es wird der vollen Aufmerksamkeit der Gewerkschaften bedürfen, dass diese arbeitsrechtlichen **Verschlechterungen nach der Krise auch wieder rückgängig gemacht werden.**

Erreichte Rechte verteidigen und neue Rechte erkämpfen: das ist das Gebot der Stunde! ■

Eine ökologische Wende nach Corona?

Corona-Entschleunigung - eine Wohltat für die Umwelt. Diese Hoffnung hatten einige. Denn in der ganzen Welt ist es aufgrund der Corona-Pandemie zu einem Shutdown der Wirtschaft gekommen.

Der Luftverkehr ist zum Erliegen gekommen. Der weltweite Containerumschlag hat deutlich abgenommen. Viele Menschen arbeiten im Homeoffice oder sind in Kurzarbeit.

Da musste der weltweite Ausstoß an schädlichen Treibhausgasen abnehmen und wir den Zielen des Pariser Abkommens näherkommen.

Könnte das sogar das ständige Streben nach Wachstum infrage stellen und der Umwelt eine echte Chance geben? Das ist Wunschdenken, solange die großen Konzerne und Monopole das Sagen haben.

Dazu genügt ein Blick in das Programm der Bundesregierung, mit dem sie „die Wirtschaft“ wieder ankurbeln will. Im Mittelpunkt steht die auf Wachstum programmierte Großindustrie, insbesondere die deutsche Automobilindustrie. So soll etwa der Verkauf vor allem von Elektroautos gefördert werden.

Dabei geht es nicht um die Arbeitsplätze, sondern um Profite. Werkverträge werden nur in der Fleischindustrie in Frage gestellt, aber nicht in der Autoindustrie. Sonst ließen sich nicht mehr Festangestellte gegen Leiharbeiter und

Werkvertragsarbeiter ausspielen.

Als ein Ökovorzweigethema aus dem Konjunkturprogramm wird die Wasserstoffoffensive genannt. Für diese sollen 9 Milliarden Euro ausgegeben werden. Hört sich erst mal ganz gut an, aber wenn man dem die 57 Milliarden

Euro für umweltschädliche Subventionen zum Beispiel für die Kohleindustrie gegenüberstellt, ist das nicht mehr so viel.

Zudem hat die Bundesregierung die Coronazeit genutzt, um den dringend notwendigen Kohleausstieg wirklich erst auf 2038 festzulegen. Um das Pariser Klimaziel von nicht mehr als 2°C Temperaturanstieg zu erreichen, wäre das spätestens 2030 notwendig. Außerdem erhalten die Energiekonzerne auch noch mehr als 4 Milliarden Euro „Entschädigung“.

Die Konzerne sollten eigentlich selber in die Energiewende investieren, anstatt es vom Staat zahlen zu lassen. Denn das bedeutet, dass die arbeitenden Menschen mit ihren Steuern für die Krise und den Umbau der Wirtschaft zahlen!

Eine wirkliche ökologische Wende wird es erst geben, wenn die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Profit maßgebend ist. Aber was ist auch heute schon zu tun? Jedenfalls keine Subvention für die Automobil- und Kohlindustrie, sondern zum Beispiel ein **massiver Ausbau der ÖPNV**. Das muss gegen die Konzerne und Monopole durchgesetzt werden.

Ein erster positiver Schritt ist der gemeinsame Aufruf der Gewerkschaft ver.di und „Fridays for Future“ zur Unterstützung der Tarifrunde Nahverkehr, um Druck zu machen für **eine sozial-ökologische Verkehrswende**.

Gemeinsam wird auch zum weltweiten Klimastreik am 25. September 2020 aufgerufen. ■



Gute Frage?

Von wem stammt der Satz:

“Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern.”

- a) Karl Marx
- b) Greta Thunberg
- c) Norbert Walter-Borjans

Lösung : Greta Thunberg



Freie Bahn für alle

Hamburg ist schon lange eine tief gespaltene Stadt. Aber die Corona-Krise macht die Spaltung auf eine neue Art sichtbar, weil wir uns mit Abstand bewegen müssen.

Wer sich eine zentrale Wohnung leisten kann und den Straßenkampf um engen Platz nicht scheut, steigt aufs Rad. Wer weiter draußen wohnt und es sich leisten kann, fährt lieber Auto.

Bus und Bahn dagegen fahren auf der Verliererspur - ausgerechnet die Verkehrsmittel, die am ehesten für ein soziales Miteinander stehen und die als einzige geeignet sind, große Menschenmassen schnell, sicher und sparsam zu bewegen. In der Krise wurden Zehntausende HVV-Abos gekündigt und mehr als 150.000 pausiert. Das absehbare Ergebnis: Es gibt zwar noch immer weniger Verkehr als vor der Krise, aber schon wieder mehr Stau - und mehr Frust.

Einen Großteil unserer Lebenszeit verbringen wir auf den Straßen im erzwungenen Kampf gegeneinander. Und das zumeist nur für kapitalistisches Profitinteresse, auf dem gehetzten Weg zur Arbeit oder von dort zurück.

„Mobilität ist auch eine Frage der Gerechtigkeit“, heißt es im neuen Koalitionsvertrag des rot-grünen Senats. Wie wahr.

Der Grüne Anjes Tjarks trägt jetzt auch den schmucken Titel „Senator für Mobilitätswende“. Aber was passiert tatsächlich, um den öffentlichen Verkehr so zu stärken, dass wir alle uns tatsächlich frei durch die Stadt bewegen können?

Keine Rücksicht auf Verluste!

Jetzt dürfte es keine Rücksicht auf Verluste geben. Die Bahnen müssten sofort viel häufiger und dichter fahren, damit niemand Angst vor fehlendem Corona-Abstand haben muss - und nicht erst 2030 im „Hamburg-Takt“.



Es bräuchte einen schnellen Ausbau des Netzes und zugleich Schritte zum Nulltarif.

Außerdem bräuchte es einen schnellen Ausbau des Netzes und zugleich Schritte zum Nulltarif. Stattdessen werden die HVV-Ticketpreise (sowieso schon die teuersten bundesweit) noch nicht einmal um die gesenkte Mehrwertsteuer korrigiert.

Selbst mit viel gutem Willen käme Rot-Grünen nicht an Zwängen im System vorbei. Die Hochbahn ist zwar ein städtisches Unternehmen, aber offiziell privatwirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet, also dem Zweck, Gewinn zu erzielen. Das klappt zwar nie (schon gar nicht im Corona-Jahr 2020), aber zuletzt rühmte man sich eines Kostendeckungsgrads von über 90 Prozent - und damit der nicht zu weit sinkt, bleiben die Tickets teuer und das Angebot dürftig. Totaler Irrsinn: Gleichzeitig wird, von der Stadt gefördert und in Konkurrenz

zum HVV, der Shuttle-Dienst „Moia“ ausgebreitet - betrieben vom privaten Volkswagen-Konzern, der Verluste in den Anfangsjahren der Markteroberung locker wegsteckt, mit dem erklärten Ziel, später Profite einzufahren.

Bei der S-Bahn, die nicht der Stadt sondern der bundeseigenen Deutschen Bahn gehört, bleibt dem Senat nur das Achselzucken, die Situation sei „in hohem Maße verbesserungsbedürftig“. Man werde „darauf drängen“, dass ausreichend ins Netz investiert wird und in neue Züge, die auch funktionieren.

Diese Bettelei muss nicht sein.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten meinen: Das Verkehrssystem gehört in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle.

Es muss unserer Daseinsvorsorge dienen und nicht dem Profit. ■



Die Bahnen müssten sofort viel häufiger und dichter fahren

Antimonopolistische Orientierung auch bei ver.di?

Die Gewerkschaft ver.di hat Ende Juni ein lesenswertes Positionspapier („Erste Lehren aus der Corona-Krise“) vorgelegt, in dem die verheerenden Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise für die Beschäftigten detailliert beschrieben sind. An vielen Beispielen werden die Verlierer der Krise aufgezeigt, die „systemrelevant“, doch prekär beschäftigt sind. Was allerdings verschwiegen wird: es war eine SPD geführte Regierung unter Kanzler Schröder, die im Interesse des großen Kapitals, der Monopole, mit Hartz IV und anderen Maßnahmen den Niedriglohsektor in Deutschland schuf.

Beim aktuellen Generalangriff vom Großkapital und Merkel-Regierung auf Beschäftigte im Schatten der Krise (z.B. Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 Stunden) setzt ver.di auf Gegenwehr: „Die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften werden sich nach der Krise verschärfen.

Dabei geht es um die Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit, aber auch um Arbeits- und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung sowie um betriebliche Mitbestimmung.“ Doch wären dazu nicht konkrete Mobilisierungsmaßnahmen bereits während der Krise notwendig?

In dem Positionspapier wird auch eine weitergehende Perspektive aufgemacht. Ver.di fordert ein „Konjunktur- und Investitionsprogramm, das zugleich den Sozialstaat ausbaut, die Daseinsvorsorge stärkt und die sozial-ökologische Transformation voranbringt.“ Finanzstarke Unternehmen müssten dabei an der Finanzierung der Krisenfolgen beteiligt werden. Es gehe darum, in Zusammenarbeit mit Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und progressiven Parteien gesellschaftliche Mehrheiten für einen sozial-ökologischen

Umbau zu organisieren, der sich an den gesellschaftlichen Bedarfen statt Profitmaximierung orientiere.

Wir teilen dieses Bemühen, gesellschaftliche Mehrheiten für einen Umbau der Gesellschaft zu organisieren. Denn will man die „finanzstarken Unternehmen“, d.h. die Monopole, zur Kasse bitten, ist neben der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit die Sammlung aller antimonopolistischen Kräfte notwendig. Es geht um eine Machtfrage. Ein Hoffen auf den Staat verkennt, dass dieser weitgehend im Interesse grade der Monopole handelt.

Während in der Krise für die großen Konzerne Hunderte von Milliarden Euro zur Verfügung stehen, werden weite Teile der Bevölkerung, die sich - wie viele Soloselbständige und Kleingewerbetreibende - bisher eher dem herrschenden kapitalistischen System verbunden fühlen, im Regen stehen gelassen oder mit Trostpflastern abgespeist. Da geht es ihnen nicht anders als der Arbeiterklasse. Warum sollten sie sich nicht mit dieser zusammenschließen?

Letztendlich wird man sich aber bei der Orientierung an „gesellschaftlichen Bedarfen“ auch mit den systemimmanenten Zwängen des Kapitalismus, dem Zwang zur Verwertung des Kapitals, auseinandersetzen müssen. Erst dann wird man nachhaltig unsere Gesellschaft demokratisch, sozial und ökologisch umbauen können, in eine sozialistische Gesellschaft, die dann nicht mehr dem Diktat des Profits unterliegt. ■

Emma Klein

Oft hast du dich schon gewundert,
Dich gefragt, wie schafft die das?
Emma Klein mit ihrem Laden -
Wer kauft denn bei ihr noch was?
Andern hat das Riesenkauflhaus,

Das seit einem Jahr da steht,
Mit den Billigangeboten
Längst die Gurgel zuge dreht,
Und die tragen ihre Pleite
Als ihr Schicksal mit Geduld
Oder geben sich, wie Emma Klein,
Daran auch noch selbst die Schuld.

Will nur mal fragen:
Sagt, warum schlagen
So viele Leute Gestern wie heute
Den eignen Interessen
Voll ins Gesicht
Und merken es nicht?

Wärst schon gern mal reingegangen,
Hätt'st gern irgendwas verlangt.
Doch weil auf deiner Einkaufsstüte
Fett die Kaufhauswerbung prangt,
Traust du dich nicht, siehst im Fenster
Kaum noch Ware im Regal,
Willst ein andermal was holen,
Doch es gibt kein nächstes Mal.
Denn es kommt, was kommen musste,
Und es überrascht dich doch:
Wo das Haus der Emma Klein stand,
Ist nur noch ein Baggerloch.

Will nur mal fragen: ...

Wo wird Emma Klein nun wohnen?
Keiner weiß, wovon sie lebt,
Steht allein da, und dann hat sie
Als Geschäftsfrau nie geklebt.
Schon seit Jahren hoch verschuldet,
Machte sie in ihrer Not
Einfach weiter die Regale
Voll mit schimmeligem Brot.
Von Kind auf an schon so erzogen,
Wahrte sie bis jetzt den Schein,
So frisst sie bis an ihr Ende
All ihr Elend in sich rein.

Will nur mal fragen: ...

Nun hat die Bank schon zugeschlagen
Und ganz schnell, fast über Nacht,
Das Haus samt Laden abgerissen
Und 'nen Parkplatz draus gemacht.
Der gehört dem Superkaufhaus
Und das wiederum der Bank.
Doch das schärfste ist, dass Emma Klein,
Vor Kummer sterbenskrank
Und bettelarm, sich doch noch immer
Zu den Unternehmern zählt.
Am Wahltag die Partei
Der eigenen Enteigner wählt.

Will nur mal fragen:
Sagt, warum schlagen
So viele Leute Gestern wie heute
Den eignen Interessen
Voll ins Gesicht
Und merken es nicht?

Hannes Wader (1980)

Wer soll das bezahlen?

Ja, wer? Es gibt eine übliche Antwort, die kennen wir schon zur Genüge: Es ist Krise, wir müssen den Gürtel enger schnallen - wobei mit „wir“ die arbeitende Bevölkerung gemeint ist. Erstmal nimmt der Staat höhere Schulden auf, damit die Wirtschaft nicht völlig zusammenbricht. Aber dann wird ein großer Katzenjammer veranstaltet, soziale Leistungen werden leider, leider gekürzt und zugleich die Löhne unter Druck gesetzt, vielleicht auch noch die von der breiten Masse getragenen Steuern und Abgaben erhöht.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten haben eine andere Antwort.

Allein in Hamburg leben zwölf Milliardärsfamilien mit zusammen rund 60 Milliarden Euro Vermögen. Das ist viermal so viel wie der Jahreshaushalt der Stadt. Und diese Milliardäre sind ja nur die Spitze unter den vielen Multimillionären, die als Creme der Kapitalistenklasse davon leben, Mehrwert aus der Arbeitskraft anderer Menschen zu ziehen.

Ja, auch die Reichsten sind von der Corona-Krise betroffen. So haben die Tchibo-Erben der Familien Herz und Schnöckel mit der Pleite der Restaurantkette Vapiano ihre letzte bedeutende Firma verloren. Zuvor hatten sie ihr Vermögen aber über so viele Finanzanlagen gestreut, dass der Verlust von Vapiano kaum noch auffiel. Den Küchenhilfen und Kellnerinnen natürlich schon, aber den Herzens und Schnöckels weniger.

Oder Klaus-Peter Schulenberg, der von seiner Alstervilla aus zusehen muss, wie sämtliche Konzerte und Events abgesagt werden. Schlecht für seine Firma Eventim, die das Veranstaltungsgeschäft im Land beherrscht.

Aber so schlecht auch nicht. Nach Aktienverkäufen zu Höchstkursen ist Schulenberg immer noch Multimilliardär. Und seine Eventim kann auch noch auf hunderte Millionen Euro Schadenersatz für entgangenen Gewinn aus dem geplatzten Deal zur deutschen Pkw-Maut hoffen.

Und Klaus-Michael Kühne. Muss man den bemitleiden, weil seine Großinvestments Kühne + Nagel und Hapag-Lloyd den schwachen Welthandel spüren, während sein Hobbyinvestment HSV mal wieder schief läuft? Wohl kaum. Mitten in der Corona-Krise trieb Kühne den Aktienkurs von Hapag-Lloyd aufs Dreifache, in einem eiteln Wettbieten mit seinem chilenischen Geschäftspartner, wer mehr Anteile am Reedereikonzern besitzt. Er selbst wurde dabei reicher und reicher, mehr als 15 Milliarden Euro sollen es nun sein.

So sagenhaft reich ist in Hamburg sonst nur noch die Familie Otto. Und die kann selbst im Corona-Jahr Wachstum für ihr „europäisches Amazon“ melden. Wer profitiert davon, wenn alle online shoppen? Das sind nicht die armen Paketboten der Otto-Firma Hermes, auch nicht so sehr die von Otto umworbenen kleinen Händler, das sind die Ottos selbst.

Wenn nur diese Superreichen eine Vermögensabgabe zahlen müssten, dann könnten wir anderen die Folgen der Krise so locker wegstecken wie sie jetzt.

Die DKP fordert 2 Prozent Abgabe auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro. Es bliebe immer noch viel Freibetrag, um Werte anzuhäufen. Die Grenzen des kapitalistischen Systems würden dadurch nicht überschritten. Nur müsste die Macht der Kapitalisten schon ernsthaft angegriffen werden, damit es so weit kommt. ■

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
www.dkp-hamburg.de oder www.dkp.de
V.i.S.d.P.: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

